

Archiviert: Freitag, 23. Februar 2024 11:58:47

Von: [REDACTED]

Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2021 09:16:48

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: DKOR | KIEW | NordStream II | Auf Weisung

Antwort erwartet: Nein

Vertraulichkeit: Standard

Anhang:

[KIEW_2021-05-26_35945.pdf](#);

z.g.K.

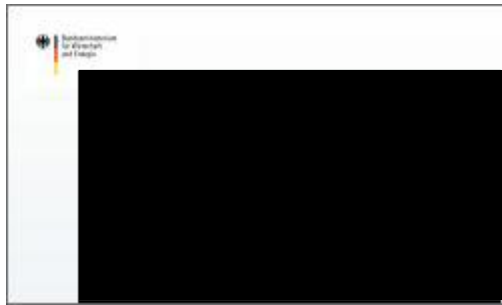
Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Referat IIB4 - Gas, Krisenvorsorge
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

[REDACTED]

Internet: www.bmwi.de



Von: [REDACTED]

Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2021 09:07

An: [REDACTED]

Betreff: WG: DKOR | KIEW | NordStream II | Auf Weisung

Wichtiger Hinweis:

Falls Sie für diese Mail nicht zuständig sind, bitten wir um zeitnahe Weiterleitung an das zuständige Referat unter informeller Beteiligung in cc der POSTSTELLE(INFO), ZB5-Post.

Ist Ihnen die Zuständigkeit nicht bekannt, bitten wir um Rücksendung an POSTSTELLE(INFO), ZB5-Post.

Vielen Dank!

[REDACTED]

Von: [REDACTED]

Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2021 08:59

An: [REDACTED]

[REDACTED]

Betreff: DKOR | KIEW | NordStream II | Auf Weisung

Von:	Botschaft Kiew
An:	DKOR_AS-UKR_A, DKOR_Leitung
Betreff:	NordStream II
hier:	Reaktionen und Sicht der UKR nach aktueller US-Positionierung
Verf.:	[REDACTED]
Zusatzinformationen:	BK-Amt 212 BMW VE1, IIA4

I. Zusammenfassung und Wertung

Es gibt kaum ein anderes Thema, bei dem die Meinungen der Ukraine, der politischen Führung, der Mehrheit der Parteien und insbesondere der Bevölkerung so einstimmig ausfallen wie bei NordStream II. Denn in Witzen heißt es nicht umsonst "2 Ukrainer, 3 Meinungen". Nur die wenigsten, sehr gefestigten UKR Beobachter sind gewillt, sich neutral und ausgewogen auf die DEU Argumentation einzulassen. Ansonsten herrscht die nahezu einhellige Ansicht, dass NS II der Ukraine etwas wegnehme, Einkünfte, aber vor allem Sicherheit und politischen Spielraum.

Die Haltung der Mehrheit des EP wird gemeinhin so interpretiert, dass DEU verpflichtet ist, die Versorgungssicherheit Europas inklusive der Assoziierungsstaaten/UKR anders zu bewerten als bisher und auf den Ausbau der Erdgaslieferverträge mit RUS zu verzichten.

Dabei wird durchaus anerkannt, dass DEU sich nicht nur im Minsk-Prozess und beim aktuellen Gastransitvertrag um die UKR verdient gemacht hat. Kenntnisreiche wissen, dass das wirtschaftliche/entwicklungspolitische DEU Engagement im Lande weit über das hinausgeht, was andere üblicherweise in der Region leisten. Man versteht auch die Argumentation, dass DEU Verantwortung fühlt, damit die UKR nicht scheitert, ja zu einem Beispiel werden soll.

Aber die UKR wird unverzagt bis zum Fertigbau gegen NS-2 kämpfen, und auch danach wird man alle Mittel nützen, um darauf Einfluss zu nehmen, dass möglichst wenig Gas durch die ungeliebte Leitung fließen kann.

II. Handlungsempfehlungen

- Frühzeitige Wiederaufnahme der Frage, ob der Gastransitvertrag zwischen Naftogaz und Gazprom bis 2029 verlängert werden kann

- Der UKR weitere konkrete Schritte der Annäherung an EU und NATO ermöglichen, um ihr Sicherheitsgefühl zu stärken
- Entwicklung von zukunftsgerichteten Kooperationsprojekten im Energiebereich, mit denen die UKR langfristig den Ausfall der Gastransitgebühren kompensieren kann

III. Im Einzelnen

1. Die UKR Reaktionen auf die aktuelle Positionskorrektur der Biden Administration bei NS-2 Sanktionen/Waiver sind die erwarteten:

1.1 Präs. Selensky hält das Nicht-Aufhalten des Fertigbaus der Pipeline und einen Deal mit RUS hinter dem UKR Rücken für eine schwere politische Enttäuschung durch die USA und Niederlage für Präs. Biden persönlich. Zugleich beschuldigt er DEU und FRA, die politische Linie ggü. RUS aufzuweichen. Er fühle noch Unterstützung, denke aber, diese solle stärker sein. Die UKR würde nicht nur auf die Transitgebühren verzichten müssen, sondern ihre strategische Bedeutung würde sinken und das schwäche sie politisch. Es bestehe das Risiko, dass die USA auf die Verhinderung des Projektes NS-2 als Tauschobjekt für etwas Wichtiges verzichten. Diese Situation mache ihm Angst.

1.2 Auf derselben Linie bewegt sich auch AM Kuleba. Er betont, dass die USA weiter NS-2 für ein schlechtes und unnötiges Projekt halten. Sie hätten vielleicht flexiblere Methoden, die Pipeline noch zu verhindern. NS-2 sei eine Bedrohung nicht nur der UKR, sondern ganz Zentraleuropas und der Energiesicherheit und Energiebalance ganz Europas. Er hasse es, dass die Beziehungen mit DEU für die USA für wichtiger gehalten würden als die mit anderen loyalen Freunden in Zentraleuropa, nämlich UKR, POL, SVK und einige andere Staaten. RUS profitiere davon.

Beim Gespräch mit Robert Habeck führte er noch aus, dass RUS die Pipeline nach der Fertigstellung als Mittel zur Durchsetzung geostrategischer Interessen nutzen werde, auch im Kontext des Normandief Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe.

1.3 Die Rada hat noch am 21. 05. mit 292 Stimmen eine Verordnung beschlossen, in der der US Kongress aufgefordert wird, Sanktionen gegen alle am Bau Teilnehmenden zu verhängen, NordStream AG eingeschlossen, und „alle möglichen gesetzlichen Instrumente“ einzusetzen, um NS-2 zu stoppen. Die Abgeordneten betonen, dass NS-2 ein weiterer RUS Versuch sei, Energie als Mittel im hybriden Krieg zu benutzen. Der Abschluss von NS-2 werde RUS erlauben, die militärische Invasion der Ostukraine fortzusetzen.

Dmytro Rasumkow, Rada-Sprecher, sagte, das Parlament habe sehr schnell auf die Situation bei NS-2 reagiert, weil es um die Frage der nationalen Sicherheit im Wirtschaftsbereich gehe. Man solle das Mögliche tun, dass Nordstream-2 nicht fertig gebaut wird. Das sei die allerwichtigste Aufgabe aller ukrainischen Politiker.

Iryna Wereshchuk, Leiterin des Unterausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtenwesen erklärte, die Ukraine solle weiter gegen das Projekt Nordstream-2 kämpfen, sogar wenn es fertiggebaut wird. Die Ukraine habe noch zwei Jahre, um die Folgen zu verhindern. Man habe Lobby-Unternehmen eingestellt, die im US-Kongress erklären sollen, dass die Umsetzung des Projektes NordStream-2 zu einer Katastrophe sowohl für die USA als auch für die Ukraine führen würde. Die Ukraine solle gemeinsam mit Polen und baltischen Staaten eigene Interessen lobbyieren.

1.4 Juri Witrenko, nun Vorstandsvorsitzender von Naftogaz Ukrainy, hatte schon am 20.05. mit MdPs und Führern der

Zivilgesellschaft in einem offenen Brief "The Time to Stop Nord Stream 2 is Now" die USA und Europäische Staaten dringend aufgefordert, Sanktionen gegen NS-2 aufrecht zu erhalten: "Nord Stream 2 remains a major geostrategic threat to Ukraine and Europe. We call on stakeholders in Washington, Berlin, and Brussels in a position of authority and responsibility to apply all means necessary to stop this project".

Naftogaz verwies darauf, dass auch das EP die sofortige Beendigung des RUS Projektes unterstütze. Die Unterzeichner appellieren an DEU, den Bau einzustellen. Unter den Unterzeichnern sind ehemalige Minister wie Klympush-Tsintsadze, Omelyan, Orzhel, Klimkin, Fryz; Dmytro Natalukha, der Vorsitzende des Rada-Wirtschaftsausschusses; Sergi Makogon CEO, Gas TSO.

Die aktive Lobbyarbeit von Naftogaz in den USA gegen NS-2 wird voraussichtlich auch unter Witrenko anhalten, auch wenn ihm die [REDACTED] der US-Botschaft Kiew [REDACTED] im Atlantic Council mehr Neigung zu Pragmatismus und Verhandlungsbereitschaft zubilligt als Kobolew (so auch die Einschätzung von [REDACTED] nach Gespräch mit Ed Chow im State Dept).

1.5. Bei den aktuellen UKR-POL politischen Konsultationen vereinbarten die beiden Staaten, weiter gegen die Vollendung des „geopolitischen NS-2 Projektes“ zu kämpfen.

2. Um ihre eigene Resilienz zu stärken und sich besser gegen RUS zu schützen, hofft die UKR weiterhin in erster Linie auf einen baldigen Kandidatenstatus (oder zumindest die Perspektive darauf) für die NATO und die EU.

Eine solche Perspektive würde das Gefühl der tiefen militärischen und politischen Verwundbarkeit mindern. Folgerichtig ist aus UKR Sicht auch die Frage nach Waffenlieferungen aus Europa bzw. nach großzügiger Handhabung bei Dual-use-Gütern.

3. Was könnten wir tun?

Wir sollten gemeinsam mit der UKR Projekte im Energiebereich entwickeln, bei denen es darum ginge, eine energiewirtschaftliche Perspektive nach dem Auslaufen des bisherigen Gastransitvertrags 2024 bzw. 2029 zu schaffen und dabei gleichzeitig die UKR von Durchleitungserlösen für RUS Gas unabhängiger zu machen.

Wir könnten z.B. das Thema Wasserstoff als das zentrale energiepolitische Thema im bilateralen Verhältnis definieren. Es könnte sich ein DEU-UKR Konsortium bilden und sich dazu entschließen, auf (mittelfristig) nachhaltige Weise Wasserstoff in der UKR herzustellen und über ein geeignetes Pipelinennetz, das wahrscheinlich erst neu gebaut werden müsste, nach DEU / Europa zu transportieren und zu verkaufen. Das wäre natürlich nicht ohne erhebliche Investitionen realisierbar. Aber auch NS-2 war sehr teuer.

gez.

ANHANG

Registratur

ID	[REDACTED]
Bezug:	Emailweisung 205-RL und UKR-B vom 21.05.21
Zweck:	Auf Weisung
Geschäftszeichen:	[REDACTED]

INVALID HTML